

5153/J XX.GP

Anfrage

der Abg. Dkfm. Bauer, Haller, Mag. Trattner
an die Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und
Verbraucherschutz betreffend überhöhte Geldwechselgebühren
der Banken in Vorgriff auf den Euro

Der Erstunterzeichner hat bereits am 25. Februar 1998 eine schriftliche Anfrage betreffend kundenfeindliche Schröpfung der österreichischen Banken in Vorgriff auf die Euro - Verluste an die für Verbraucherschutz zuständige Bundesministerin gerichtet. In ihrer Beantwortung stellt die Bundesministerin die Verteuerung der Bankdienstleistungen zwar nicht in Abrede (was angesichts der Tatsachen auch schwer möglich wäre), überläßt es aber den Verbrauchern, "auf der Grundlage der ausgewiesenen Kosten Preisvergleiche anzustellen" und "auf die immer wieder veröffentlichten Untersuchungen bezüglich Girokontokosten oder Kreditkosten zu reagieren."

Anfang September kam es zu einer neuerlichen Gebührenerhöhung z.B. bei Bar - Ein - und - Auszahlungen. Um Gebühren zu sparen, müßte der Einzahler - dem Rat der Bundesministerin gemäß - mit fünf verschiedenen Zahl - bzw. Erlagscheinen fünf verschiedene Institute aufsuchen, was sich allein aus Gründen der Zeitökonomie verbietet.

Gegen eine spezielle Schröpfung protestiert nun die Tiroler Hotellerie. Die dortige Sparkasse erhöhte die Devisen - Manipulationsgebühr auf mindestens 0,25 % bzw. maximal 25,- öS pro Vorgang, wodurch der deutsche Gast für eine D - Mark eine beträchtliche Kursabwertung erleidet. Die Verrechnung dieser Gebühren beim Umtausch an der Hotel - rezeption am Wochenende, wenn die Banken geschlossen sind, führt zu Auseinandersetzungen, die dem Fremdenverkehrsland Österreich nicht gerade förderlich sind. (Standard, 29.10.98)

Auch in anderen Banken und Bundesländern wurden die Umtausch - gebühren saftig erhöht, wodurch die Banken die bevorstehenden, durch die Euro - Umstellung verursachten Devisengeschäfts - Ausfälle zu kompensieren versuchen. Die Preisvergleichs - und Ausweich - möglichkeiten, insbesondere in kleineren Tourismusgemeinden und an Wochenenden, dürften sich in Grenzen halten.

Daher richten die unterzeichneten Abgeordneten an die Frau Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz die nachstehende

Anfrage:

1. Warum haben Sie seit der ersten Anfragebeantwortung auf 3693/J vom 25.2.1998 noch immer nichts gegen die Schröpfungsfaktionen von Geldinstitutionen in Vorgriff auf den Euro unternommen, obwohl
 - a) der Verein für Konsumenteninformation und die Arbeiterkammer schon mehrmals konkrete Fälle aufgezeigt haben,
 - b) das Wirtschaftsblatt "trend" bereits Anfang 1998 detailliert über Schröpfungsfaktionen berichtet,
 - c) seit Ende 1997 schon mehrere Gebühren -, Spesen - und Zinsenschröpfungsfaktionen über die Kunden von Geld - instituten hinwegbranden,
 - d) einige österreichische Geldinstitute ganz offensichtlich einerseits ihre eingegangenen und schlagend gewordenen Risiken und andererseits die durch die Euro - Einführung bevorstehenden Einnahmenausfälle aus dem Geldwechselge - schäft über Schröpfungsfaktionen an ihren Kunden kompen - sieren ?
2. Halten Sie angesichts der in den letzten Monaten statt - gehabten Entwicklungen und Vorfälle auf dem Bankensektor weiterhin ihre Äußerungen in der Anfragebeantwortung 3623/AB aufrecht,
 - a) es sei den Verbrauchern zu überlassen, auf der Grundlage der ausgewiesenen Kosten Preisvergleiche anzustellen,
 - b) auf die immer wieder veröffentlichten Untersuchungen bezüglich Girokontokosten oder Kreditkosten zu reagieren ?
3. Ist Ihrem Ressort bekannt, mit welchen Kosten der mehrmalige Wechsel des Geldinstitutes während eines Jahres
 - a) beim Girokonto,
 - b) beim Kreditkontoverbunden ist, weshalb sich selbst bei Preisvergleichen ein solcher Wechsel als nicht zielführend erweist ?
4. Wie lautet Ihre Stellungnahme hinsichtlich der seit September 1998 stattfindenden Gebührenschröpfung bei Bar - Ein - und - Auszahlungen ?
5. Wie lautet Ihre Stellungnahme zur Erhöhung der Devisen - manipulationsgebühr im Hinblick auf
 - a) die Schröpfung der Verbraucher (Kaufkraftschmälerung),
 - b) den negativen Einfluß auf die Urlaubszufriedenheit von Österreichbesuchern,
 - c) die Abwälzung des Devisenumtauschs und der Spesen - eintreibung vom Bankensektor auf die Hotellerie außerhalb der Bank - Öffnungszeiten ?

6. Wie lautet Ihre Stellungnahme zur neuen Usance zahlreicher Geldinstitute, höchst unterschiedliche Gebühren für das automatische Münzenzählen zu verlangen (siehe Kleine Zeitung Klagenfurt, 30.10.1998), z.B. eine dreizehnmal so hohe Gebühr der Bank Austria gegenüber der BAWAG und eine Münzenzählgebühr von 47,- ÖS für einen gezählten Wert von ÖS 926,- bei der Raiffeisen - Landesbank ?
7. Ist Ihnen als für Verbraucherschutz zuständigen Bundes - ministerin schon bekannt, welche Schröpfungspläne bei Gebühren Österreichs Geldinstitute anlässlich der Umstellung von Schilling auf Euro
- a) im bargeldlosen Verkehr,
 - b) bei Bar - Ein - und - Auszahlungen,
 - c) beim Schein - und Münzenumtausch
- in die Tat umsetzen werden ?